

Annoncen-
Annahme-Bureau.

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilschstr. 16.)
bei C. H. Kricke & Co.
Breitestr. 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei A. Streifand,
in Breslau S. Emil Kabath.

Annoncen-
Annahme-Bureau.

In Berlin, Dresden,
Dresden, Frankfurt a. M.
Darmstadt, Leipzig, München
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. L. Dauter & Co.
Königsplatz & Döbner
Karlshof.

In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Zentraldruckhaus“.

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 686.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 41 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen werden alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Sonntag, 30. September

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserte 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Resten zu halbiert, höchstens 10 Pf. für die
Erstblätter zu finden und werden für die folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1876.

Amstisches.

Breslau, 29. Septbr. Der König hat die Mitglieder der Provinzial-
Landesdirektionen, Reg. Ass. Steinberg und Dielerich zu Altona,
Nachmann zu Köln zu Reg. Räten; sowie den Amtsrichter Dr. jur.
Kantmann in Schwarzenbeck zum Ober-Amtsrichter ernannt.

Der Kaiser und König hat im Namen des Deutschen Reiches den
Kaufmann F. St. Feddersen in Hammerfest zum Konsul des deutschen
Reiches ernannt.

Der kgl. hies. Rechtspraktikant Kötter ist zum Militär-Intend.
Ass. ernannt und der Intendantur des III. Armee-Corps überwiesen.
Der Kreisrichter Feischer in Wismar ist zum Rechtsanwalt bei dem
Kreisgericht in Gabelschmerdt und zugleich zum Notar im Depart. des
Anwalters in Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Landes-
gericht ernannt. Der Kreisrichter von Schleibrage zu Carlsruhe D. S. ist
zum Rechtsanwalt bei dem Kreisger. zu Neustadt D. S. u. zugleich
zum Notar im Depart. des Anwalters in Ratibor mit Anweisung
seines Wohnsitzes in Ober-Glogau ernannt. Der Gerichts-Ass. Saul
in Stettin ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Wriezen und
zugleich zum Notar im Depart. des Kammerger. mit Anweisung seines
Wohnsitzes in Wriezen ernannt worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 29. September.

— Aus parlamentarischen Kreisen geht der „Bresl. Z.“ folgende
Mittheilung zu: „Für die schwierige Frage, wie sich zur Zeit der
Krisis in der deutschen Konfessionen stelle, bietet eine zuverlässig ver-
bürgte Thatsache einen gewissen Anhalt. Dar-
an gehört vor hundert Jahren gegen die Konfessionen unter Führung
des zur Disposition gestellten Landraths und früheren Abgeordneten
von Wöbke zwei freikonservative Gutbesitzer, Graf Königsdorf und
Ludendorff, von den vereinigten Freikonservativen und Liberalen ge-
wählt wurden. Beide Abgeordnete, die übrigens zu den liberalsten
Mitgliedern ihrer Partei gehörten, nahmen ein Mandat wieder an,
weil aber durch Agrarier und Konservative — unter Anderen mit
Hindenburg'schen Flugblättern — eifrig bekämpft. Es ist leicht erklärlich,
dass man hier des Barin'schen Grundrisses Ansicht zu ermitteln sucht.
Dieser hat sich für die Wiederwahl der bisherigen Abgeordneten und
zugleich gegen die Agrarier und Deutsch-Konservativen ausge-
sprochen.“

— In der letzten Nummer des „Voss'schen“ über die ein-
seitige Regelung des Apothekereinfaches im deutschen Reich ihre
Fortgang hatten, glaubt man doch nicht, dass derselbe schon in nächster
Zeit fertig gestellt sein wird, so dass er wahrscheinlich erst im künftigen
Jahre zur Vorlage gelangen wird. Durch die aus Apothekerkreisen
in Gang gesetzte Agitation hat wohl ein Aufsehalten herbeigeführt werden,
keineswegs aber eine Abweichung von dem durch den Bundesrath fest-
gestellten Grundzügen eintreten können. Zeit wäre es übrigens in der
That, bemerkt die „Voss. Z.“, dass die nun schon über 6 Jahre schwe-
bende Angelegenheit endlich zu einer festen Regelung gelangte, nachdem
man es versäumt hatte, vor Erlass der Gewerbeordnung maßgebende
Grundsätze aufzustellen. Bemerkenswert mag dabei werden, dass in Preußen,
auf kurze Zeit allerdings nur, bereits Gewerbefreiheit für die Errich-
tung von Apotheken herrscht hat (nämlich von 1810 bis 1811) und
in dieser Zeit hier in Berlin, auf Grund des Gesetzes über Gewerbe-
freiheit, eine Apotheke (von Hummel und Zünke in der Stralauer
Straße) errichtet worden war, die dann natürlich auch bestehen blieb
und sich eines guten Rufes erfreute. Die preussische Reform-Gesetz-
gebung ging vor 66 Jahren auch auf diesem Gebiete radikal vor.

— In einem Zivilprozeß eines freigerichtlichen Depositoriums
gegen den Direktor desselben Gerichts, „durch dessen Versehen die im
Depositorium befindliche Amtskautions eines Subalternbeamten
zum Schaden des Depositoriums ausgezahlt worden, hat das Ober-
Tribunal, I. Senat, in einem Erkenntnis vom 11. September d. J.
folgenden Rechtsatz ausgesprochen: Die Amtskautions haftet un-
mittelbar den Privatinteressenten wegen ihrer Schadensansprüche
aus der Verwaltung des Bestellers, sie haben ein Pfandrecht an der
Kautions erworben und können dieses Recht auch gegen den Dritten
verfolgen, welcher durch eine vertretbare Handlung die Kautions ganz
oder theilweise dem Pfandrechte entzieht.

Hannover, 27. Sept. Die Verhandlung des Provinziallandtags
über den Antrag der Abgeordneten Graf Kniphausen, Fromme
und v. Bennigsen, betreffend die Aufhebung der Beschlag-
nahme des Vermögens des Königs Georg V., deren
Ausgang schon bekannt ist, gestaltete sich wie folgt:

Zunächst ergab der erste Unterzeichnete des Antrags, Graf Knip-
hausen, dass Wort und gab in kurzen Zügen eine Geschichte des zwi-
schen Preußen und König Georg am 29. September 1867 abgeschlos-
senen Vertrages, von dem er es dahingestellt sein lassen wollte, ob er
als Staats- oder als Privatvertrag aufzufassen sei. Danach soll be-
kanntlich König Georg, abgesehen von anderen Werthobjekten, eine
Summe von elf Millionen Thalern in 4prozentigen Staatspapieren
und außerdem 5 Millionen Thaler baar erhalten. Der Vertrag kam
nicht zur Ausführung, am 2. März 1868 wurde die Beschlagnahme
dieses Vermögens verfügt. In der letzten Zeit sind von verschiedenen
Seiten Versuche gemacht, einen Ausgleich zwischen beiden Theilen ins
Leben treten zu lassen, aber vergebens. Die Gründe, welche damals
die Beschlagnahme veranlassten, sind jetzt nicht mehr wirksam. Von
dem jetzt in dieser Versammlung eingebrachten Antrag ist ein mora-
lischer Effekt zu hoffen. Auf die Vielen, die durch Dankbarkeit, An-
hänglichkeit und Pietät an die königliche Familie gebunden sind, würde,
wenn die Staatsregierung den Ausgleich mit König Georg suchte,
dieser Schritt den besten Eindruck machen; in der ganzen Provinz
würde dann eine ruhigere Stimmung eintreten. Er wünschte, dass
volle Uebereinstimmung in dieser hannoverschen Frage hier erreicht
würde.

Nachdem die Frage des Landtagsmarschalls: Soll dieser Antrag
einer Beschlußfassung unterworfen werden? bejaht worden, hielt Herr

v. Bennigsen eine längere, oft von einem wärmeren Tone durch-
hauchte Rede für den auch von ihm mitunterzeichneten Antrag. Auch
er wünschte wie sein Vorgesetzter die Annahme des Antrags, dessen Aus-
führung nicht nur unserer Provinz, sondern auch dem Staate, dem
das ehemalige Königreich Hannover jetzt angehört, zum Wohle ge-
reichen werde. Alsdann geht der Redner näher auf die Gründe ein,
welche die preussische Regierung zur Beschlagnahme des Vermögens
von König Georg geführt hätten. Im Jahre 1867 und 1868 konnte
man sich noch dem Glauben überlassen, dass die durch die Ereignisse
von 1866 geschaffenen Zustände nur provisorische sein würden. Aber
in dem folgenden Jahre haben sich die politischen Verhältnisse so ent-
wickelt, wie denkende Männer es vorhergesehen hatten. Durch die
Kriege von 1870 und 1871 ist die Macht des Kaisers und des Reichs
wieder aufgerichtet. Deutschland und die preussische Regierung stehen
so stark da, dass Besorgnisse, wie sie 1868 gehegt wurden, jetzt nicht
mehr zu fürchten seien. Die Ereignisse von 1866 mußten notwendiger
Weise viele Rechte und menschliche Güthe verletzen. Nicht Alle ver-
mögen in diesen großen historischen Ereignissen dafür eine Sühne zu
erblicken. Die Gefühle, die durch jene Katastrophe von 1866 aufgeregt
sind, bedürften einer längeren Zeit zur Verheilung. Alsdann erwähnt
Herr v. Bennigsen in sehr zarter, schonender Weise der wenig erfreu-
lichen Zustände unter der hannoverschen Regierung in den sechziger
Jahren; diese nicht ganz angenehmen Erinnerungen müßten zurücktre-
ten hinter die menschlichen Empfindungen. Die Bevölkerung erinnere
sich des Horden und Gutes, das die frühere Dynastie in der Ver-
waltung, in der Justiz und auf anderen Gebieten im Laufe der Jahr-
hunderte geleistet habe. Dieses menschliche Gefühl trete überall stark
in Vande hervor. Die Zustände seien jetzt fest genug, dass man die
Dinge, welche hierbei in Betracht kämen, in der schonendsten Weise
regeln könne. Durch seine amtliche Stellung sei er mit der Stimmung
der Provinz genau bekannt. Er versichere, dass nicht nur die Anhän-
ger des Königs Hauses und seiner Politik, nicht nur die dem politischen
Leben fern stehenden Bürger und Bauern, sondern auch seine politi-
schen Freunde, welche die Haltung der früheren hannoverschen Re-
gierung nicht gebilligt haben, die Beschlagnahme des Vermögens des
Königs Georg als eine schwere und harte Maßregel ansehen. Wenn
der jetzige Beschluß der Provinzialstände den gewünschten Erfolg habe,
so werde das wesentlich zur Verheilung der Gemüther in der Provinz
beitragen. Er hoffe, dass in Folge dieses Beschlusses seitens der
preussischen Regierung darauf bezügliche Verhandlungen eröffnet wer-
den; die Aufhebung der Beschlagnahme sei ein Akt der Gerechtigkeit,
der Hochherzigkeit.

Nach dieser mit allgemeinem Bravo aufgenommenen Rede erfolgte
die einstimmige Annahme des Antrags. Wenn derselbe übrigens die
gesetzgeberische Entscheidung erfährt, wird mit dem Vermögen des
Königs Georg auch ein interessantes Aufsehen erregt werden,
über welches die „Ztg.“ Folgendes berichtet:

Es handelt sich um ein Vermögen, das dem Könige von
König Wilhelm aus der Zeit vor dem Norddeutschen Bund enthält
und dessen Werth durch eigene Handlungen des Königs erhöht wird.
Der bekannte Hofrath Sch., dessen Beziehungen zu seinem Herrn be-
kannt sind, hatte nämlich sorgfältig die Beobachtungen und Erfahrungen,
welche er dem persönlichen Verkehr mit dem Könige verdankte, nieder-
geschrieben. Der König, dem diese Thatsache bekannt geworden war,
verspürte eines Tages — es handelt sich um eine Zeit, die mehr als
ein Decennium zurückliegt — Reue, die betreffenden Denkwürdig-
keiten zu lesen. Dieser Wunsch war natürlich Befehl. Der König
ließ die Aufzeichnungen aufs Aufmerksamste, und der Verfasser hatte
die Gemüthsruhe, solche mit einer Anzahl hochinteressanter Randbe-
merkungen von des Königs Hand zurückzubehalten. In den Hoffreien
Deutschlands wurde seinerzeit von diesem werthvollen Material zu
einer Biographie des Königs von Preußen viel gesprochen, und der
König von Hannover ließ in vertrautem Kreise sich darüber aus, wie
sehr er wohl wünschen würde, die fraglichen Denkwürdigkeiten kennen
zu lernen. Der Regierungsrath M., bekannt unter seinem ruffüh-
renden Schriftstellernamen Gregor S., war damals spiritus familiaris am
hannoverschen Hofe und beehrte sich, seine freundschaftlichen Be-
ziehungen zu dem preussischen Hofrath zur Erfüllung des Wunsches
seines königlichen Herrn zu benutzen. In der That wurde auch das
kostbare Manuscript dem König von Hannover leihweise zur Ver-
fügung gestellt und demselben durch Herrn M. aus dem Schlosse
Herrnhagen bei Hannover vorgelesen. Es war dies kurz vor
Ausbruch des 1866er Feldzuges, welcher, wie bekannt, den König von
Hannover für immer seiner Residenz entführte. Das Manuscript
war indessen in Herrnhagen zurückgeblieben und gerieth somit wie
alles dort befindliche bewegliche und unbewegliche Eigenthum unter
Sequester. Als vor mehreren Jahren der hannoversche Regierungsrath
M. nach Berlin übersiedelte und gleichzeitig auch der Kaiser ein-
mal geprüchsweise dem Geh. Hofrath Sch. gegenüber jener Aufzeich-
nungen Erwähnung that, in der Absicht, dieselben nach so vielen ge-
schichtlichen Zwischenfällen wieder durchzusehen, wurde nach dem Ver-
bleib des Manuscript bei dem Regierungsrathe M. Nachfrage gehalten,
welcher lediglich antworten konnte, dass die preussische Regierung
selbst durch Verhängung des Sequesters ihre Hand auf jenes Manu-
script gelegt hätte und dasselbe somit seinem eigentlichen Besitzer vor-
enthalten. Ob inzwischen ein Antrag bei der Sequesterbehörde gestellt
worden ist, das Manuscript einem rechtmäßigen Besitzer zurückzugeben
ist uns nicht bekannt geworden und dürfte auch vermuthlich nicht der
Fall sein, so daß das erst oben erwähnte Gesetz jene „verlorene Hand-
schrift“ aus ihrem Dornröschenschlaf erlösen würde.

Aus Baden. Die „Bad. Corr.“, das Organ der Führer der
national-liberalen Partei, spricht sich in einem (vor Bekannt-
werden der Zusammensetzung des neuen Ministeriums geschriebenen,
Artikel über den Rücktritt des Staatsministers Jolly folgender-
maßen aus:

Während das Gesetz- und Verordnungsblatt der Reihe nach die
mit dem Landtage verabschiedeten Gesetze publiziert, und der Gang
der Regierung in durchaus normalen Bewegungen zu gehen schien,
wird das Land plötzlich durch die Kunde überrascht, daß der Präsident
des Staatsministeriums, Dr. Jolly, seine Entlassung erbeten und er-
halten hat. Die Bedeutsamkeit dieses Ereignisses ist nicht zu ermessen.
Seit 10 Jahren führt Herr Staatsminister Jolly die Präsidentenschaft
des Ministeriums des Innern, seit mehr als 8 Jahren, seit Mathy's
Tod, ist er das Haupt der Staatsregierung und der Mann des ent-
scheidenden Einflusses unter seinen Kollegen. Diese Zeit ist durch die
folgereichsten politischen Ereignisse bezeichnet, an denen der badi-
sche Staat wesentlich theilgenommen hat; auch für die innere Entwicklung
Badens liegt in diesen 10 Jahren eine Periode der wichtigsten
Schöpfungen vor, welche theils einen selbstständigen Charakter an sich
tragen, theils in Anlehnung an die Reichsgesetzgebung sich vollzogen.
Die sichere Festigkeit und Freudigkeit, mit welcher das Ministerium

Jolly durch seine politische Haltung die Bildung der Deutschen Reichs-
regierung und nach den so wunderbar eingetretenen Erfolgen des
Kriegsjahres 1870-1871 die Kräftigung des neu entstandenen Reiches
unterstützte, wird dem Namen Jolly stets eine ruhmvolle Stellung in
der Geschichte der letzten 10 Jahre sichern. Die freisinnige Richtung,
welche die Gesetzgebung und Regierung des Landes im Jahre 1860
begonnen hatte, wurde durch ihn kräftig und eifrig festgehalten und
zahlreiche Gesetze von großer Tragweite beurkundet, wie ernst der
Ausbau des begonnenen Werkes genommen wurde. Insbesondere im
Verhältnis von Staat und Kirche verzeichnet die Periode seines
Ministeriums eine Reihe tief einschneidender Arbeiten der Gesetzgebung
— wir erinnern nur an das Stiftungsrecht und an die Schulgesetze
— und kräftiger Schritte, um der ultramontanen Ueberhebung zu
steuern. Die Volksvertretung ist ihm jeweils mit Vertrauen entgegen-
gekommen und erkannte seine hohe Begabung gerne an; wo sich, wie
auf dem jüngsten Landtage, Meinungsverschiedenheiten begegneten,
suchte sie einen Ausgleich zu gewinnen, der ihr gestattete, mit dem
Ministerium zu gehen, ohne die konsequente Verfolgung anerkannter
freisinniger Prinzipien wesentlich zu stören.

So ist der Verlauf des letzten Landtages in seiner Weise eine
Ursache für den Rücktritt Jolly's geworden, vielmehr war mit einigem
Grunde anzunehmen, daß dessen Stellung anderen Einflüssen gegen-
über eher gestärkt als bedroht worden sei. Die Ursache seines
unermüdeten Begehrens und überraschend vollzogenen Rücktritts liegen
noch im Dunkeln. Kein offizielles Wort hat ihn noch gemeldet oder
die Beweggründe dazu enthüllt. Die national-liberale Partei muß
sich bis zur Klärung der Krisis einfach gedulden. Zudem sie den
Rücktritt Jolly's bedauert, ist sie sich bewußt, daß dieser Vorgang für
sie selbst und ihre Prinzipien nur die Bedeutung eines noch engeren
Zusammenschließens gewinnen kann. An einen Wechsel des Systems
zu glauben, ist schwer, fast unmöglich. Aber selbst der Versuch eines
Ministeriums, der politischen Richtung der großen Mehrheit der
Volksvertretung eine Schwenkung zumuthen und ihre maßvoll be-
achtete Selbstständigkeit zu brechen, müßte dem entschlossenen Wider-
stand der national-liberalen Partei begegnen. Jede schwächliche Hal-
tung der Kammermehrheit würde nicht nur ihre Würde aufs Tiefste
verlezen, sondern auch der naturgemäße Anfang werden können, um
sie von Konzeption zu Konzeption zu treiben, und sie würde schließlich
nur den Beweis liefern, daß der einen Schwenkung nach Belieben
noch eine andere folgen kann. Ohne Zweifel würde eine solche „Neu-
schärfung“ des ministeriellen Systems vielleicht noch in verstärktem
Maße die Fäden finden, welche von „Fraktionszwang“ und „Hörers-
Tyrannei“ sprechen und die Redlichkeit, Ehrenhaftigkeit und lebers-
zeugungstreue als persönliche Eitelkeit und treue Sorge für das Beste
unserer Heimath als Selbstsucht zu schmähern, während sie selbst nur
von verdächtiger Dienstfertigkeit nach Oben geführt sind.

Aber wie im Laufe des letzten Landtages trotz alledem die Mehr-
heit fest geschlossen und ihrer politischen Richtung treu blieb,
so wird auch die Zukunft die Bahn eines konsequenten
Liberalismus fest in den Händen tragen. Wenn dies hier aus-
gesprochen wird, so geschieht es nur rein hypothetisch. Die Sachlage
selbst und die Vergangenheit Badens rath nicht und spricht nicht für
eine Politik, welche, wenn auch nur in leichtestem Maße, reaktionär
genannt werden könnte. Seine Bedeutung und sein Ansehen unter
den Mittelstaaten in Deutschland ruht wesentlich darauf, daß die
badi'sche Regierung seit 1860 konsequent und muthig, wenn auch mit
Besonnenheit und Maß, vorwärts ging, daß freisinnige Verwaltungs-
einrichtungen, die für Wien und Berlin Muster geworden sind,
tüchtige Rechtsprechung, gute Schuleinrichtungen sich mehr und mehr
einbürgerten, daß Handel, Verkehr und Gewerbe sorgfältige Pflege
fanden und die Freiheit der Gewissen im Ringen mit dem Ultramon-
tanismus dort zuerst und unter schwierigen Verhältnissen zum unein-
geschrankten Ausdruck gebracht wurden. Dies geschah mit der vollen
Zustimmung eines edlen Fürsten, unter der Regide einer liberalen
Regierung und unter der Mitwirkung einer Volksvertretung von
männlicher Muth und freisinnigem Geiste. Zu gleicher Zeit wurde
der Gedanke der Einigung Deutschlands treu gepflegt und ganz
Deutschland sah mit Stolz und Freude auf Badens Großherzog,
dessen hochsinniger Patriotismus die Opfer, welche die deutsche
Einigung forderte, in edelster Weise brachte. Darum ist die Treue
zur national-liberalen Politik — die Ablehnung jeder bürokratisch-
rückwärtigen oder engbergig partikularistischen Politik — eine Ehre-
sache für Baden geworden, und es ist nie und nimmer zu glauben,
daß irgend welche Verhältnisse stark genug sein könnten, um ein
System zu versuchen, welches an dieser Politik rütteln und sich mit
dem durch die Volksvertretung repräsentierten und grade im letzten
Landtage energisch hervorgetretenen Geiste des Volkes in Widerspruch
setzen wollte.

Stuttgart, 25. September. Der „Staatsanzeiger für Württem-
berg“ veröffentlicht nachstehenden allerhöchsten Erlass:

Mein lieber Ober-Bürgermeister Dr. v. Hack! Der so überaus
herliche Empfang, welcher Sr. Majestät dem deutschen Kaiser bei
Hochseiner Besuche an meinem Hoflager von Seiten der Stadt Stutt-
gart bereitet worden ist, die Art und Weise, wie die Einwohnerschaft
meinem erhabenen Gaste während seines hiesigen Aufenthaltes ihre
Verehrung und Zuneigung betätigt hat, und die Beweise treuer An-
hänglichkeit und Ergebenheit, welche während dieser Tage meiner Ge-
mahlin der Königin, und mir zu Theil geworden sind, haben meinem
Herzen aufrichtig wohl gethan und mich mit inniger Freude erfüllt.
Es drängt mich, diesen Gefühlen Ausdruck zu geben, und ich beauf-
trage Sie, den Einwohnern hiesiger Stadt für die von ihnen fun-
gegebenen Gefinnungen und das von ihnen beobachtete lokale Verhal-
ten meinen gnädigsten Dank auszusprechen. Insbesondere gilt dieser
Dank Ihnen so wie den Mitgliedern der bürgerlichen Kollegien und
des Festkomites, deren hingebende Bemühungen so viel zum Erfolge
dieser schönen Tage beigetragen haben. Mit der Versicherung meines
Wohlvollens verbleibe ich, mein lieber Ober-Bürgermeister Dr. v. Hack,
Ihr gnädiger König
Karl.

Konstantinopel, 22. Sept. Am vergangenen Sonntag traten
die Armenier, 3000 Mann stark, bei der hohen Pforte an und
überreichten dem Großvezier eine Petition; später folgte der Patriarch
Narses, der seinen Rücktritt in Aussicht stellte, wenn keine Abhilfe
geschähe. Mehmed Ruschi bemerkte ihm, er werde dann seinem Bei-
spiel folgen und auch abtreten. Seit dieser Zeit herrscht, wie der
„K. Ztg.“ berichtet wird, unter den Armeniern eine gewaltige Aufre-
gung. Die Sprache ihrer Zeitungen ist eine so heftige geworden, daß
das Presbureau ihnen die fernere Behandlung dieser Frage bis zur
Rückkehr des abgesandten Pfortenkommissars untersagt hat. Es ward
nämlich auch nach Zusat eines Untersuchungsausschusses abgesandt, an
dessen Spitze ein hervorragender Türke steht. Die Armenier berathen

augenblicklich eine neue Adresse, in der sie unter Anderem eine allgemeine Bewaffnung ihrer asiatischen Brüder sowie die Gleichstellung der Armenier mit den Türken vor Gericht verlangen. — Der Ex-Sultan Murad ist vor etwa 10 Tagen von einem ärztlichen Komitee untersucht worden, in welchem sich fast sämtliche hiesige Votumsärzte befanden. Veranlassung zu dieser Untersuchung bildete die reisende Verschlechterung im Zustande des Kranken. Er nimmt auf fallend ab, und da die Regierung Hamid's mit Recht fürchtet, es möchte das argwöhnische Europa die Eventualität seines Hinscheidens aus andern denn natürlichen Ursachen herleiten, war ein ärztliches Gutachten das beste Mittel um solchen Vermuthungen die Spitze abzubrechen. Die Doktoren fanden ihn in einer zunehmenden Degeneration. Ein paralytischer Blödsinn hat sich seiner bemächtigt, der ihm kaum noch gestattet, eine örtliche Veränderung mit Sicherheit vorzunehmen. Man sieht seiner Auflösung in nicht ferner Zeit entgegen. Es sind die unleugbaren Folgen des chronischen Alkoholismus. Dr. Leidesdorf hat selbst in seinem für die Minister bestimmten Bulletin, dessen Schluß bekanntlich veröffentlicht ward, dies als den Charakter der Krankheit dargestellt. — Mit dem Sonnenuntergang des verfloßenen Montags hat der Ramadan seinen Anfang genommen, welcher dieses Jahr von allen türkischen Beamten mit ganz besonderer Freude begrüßt wurde, da einem lange vorher schon verbreiteten Gerüchte zufolge bei dieser Gelegenheit die Auszahlung der rückständigen Gehälter erfolgen sollte. Die Hoffnungen haben sich allerdings nicht im vollen Umfange erfüllt, in so fern die Regierung nur einen Monat und noch dazu in Raimes nachgezahlt hat; doch sind die betreffenden Empfänger darauf getröstet worden, daß die noch rückständigen Summen im Laufe oder spätestens am Ende des Monats in ihre Hände gelangen sollen. Dieser Zusicherung trauen aber weder die Beamten selbst noch deren Gläubiger. Der Sultan hat den Ramadan damit begonnen, daß er aus seiner Privatkasse alle wegen kleinerer Schuldbeträge in den Gefängnissen Stambul's eingesperrten Mohamedaner hat auslösen lassen. Er soll sich dahin ausgesprochen haben, daß er die Gesetze über die Schuldbaldigst einer eingehenden Prüfung unterwerfen lassen werde. Er interessiert sich für Alles, will sich von Allem durch eigene Anschauung und Prüfung überzeugen. Bei einem Besuch in der großen Sultani-Kaserne hat er neulich — zum Entzügen der ihn begleitenden Hofsinge — sogar die für die Soldaten zubereiteten Speisen, Suppe und Billaw, gekostet und, wenn das Gerücht nicht lügt, der Küchenleitung darauf in sehr wenig schmeichehaften Worten seine Ansichten über ihre Leistungen dargelegt. Bei einer am vorigen Montag stattgehabten Besichtigung des Arsenal's in Kasim-Pascha zog er plötzlich ein Messer heraus und prüfte die Stärke der ihm vorgelegten Säue. Es steht fest, daß er täglich mehrere Stunden den Regierungsgeschäften widmet, daß er die ihm zur Durchsicht vorgelegten Sachen wirklich prüft, daß sein Familienleben ein musterhaftes ist. Mögen auch seine Kenntnisse unbedeutend und seine Talente ebenfalls nicht hervorragend sein, der gute Wille ist vorhanden, und zwar so ausreichend, daß er den Mangel an allem Anderen auszugleichen geeignet sein dürfte.

Siebzehnter Kongreß deutscher Volkswirthe.

III.

(H. F.) Bremen, 28. September.

Der in meinem zweiten Bericht angeführte Herr Philibon ist nicht aus Düsseldorf, sondern aus Berlin. Heute referirte zunächst Schriftsteller v. Studnitz (London) über „die gesetzliche Regelung des Feingehaltes von Gold- und Silberwaaren“. Der Referent proponirte folgende Resolution: „Gesetzliche Vorschriften über den Feingehalt von Gold- und Silberwaaren schätzen das Publikum nicht vor Betrug und hemmen — auch in ihren mildesten Formen — die Fabrikation, sie sind daher verwerflich“. Diese Resolution wurde jedoch abgelehnt, dagegen folgende von dem Abvokat Rirbach (Bremen) und Dr. Gensel (Leipzig) akzeptirt: „Eine gesetzliche Regelung des Feingehaltes von Gold- und Silberwaaren ist nur in der Beschränkung auf die Vorschriften zur Bezeichnung dieser Waaren mit dem Namen oder der Marke des Verfertigers oder Verkäufers und mit dem Feingehalte zulässig.“

Auf Antrag des Freiherrn, Dr. Max v. K. (Bielefeld) wurde sonach resollirt: I. „Die Betriebskosten der Eisenbahnen hängen wesentlich von dem Verhältnis ab, in welchem die bauliche Anlage der Letzteren, zum Terrain einerseits, und zu den Anforderungen des Verkehrs auf denselben, andererseits steht. Es wird daher bei jeder Bahnanlage auf Folgendes Rücksicht zu nehmen sein: a) auf die Bedeutung und den klar erkannten Zweck der Bahn unter Zugrundelegung einer verlässlichen Statistik der durch dieselbe zu belebenden Verkehrsleistungen; b) auf die richtige Wahl der Frage innerhalb des, mittelst der Eisenbahn zu durchziehenden Gebietes, wobei an dem Grundlagestheoretischen wäre, daß die, in der natürlichen Richtung der Bahn gelegenen Städte und Ortschaften möglichst direkt berührt werden, da die Entwicklung städtischer Ansiedlungen, wesentlich vom Lokalverkehr abhängt und dieser Letztere weit geringeren Schwankungen ausgesetzt ist, als der große Durchgangsverkehr, daher durch Steigerung der Betriebseinnahmen, eine stetig wachsende Verzinsung des Anlagekapitals ermöglicht. Daß Verhältnis der Bahnanlage zu den Anforderungen des Verkehrs wird durch ihren Rang bestimmt. Dieser richtet sich nach dem, sowohl zwischen dem Anfangs- und Endpunkte der Bahn, als auch zwischen deren einzelnen Stationen schon vorhandenen oder noch zu erwartenden Verkehr, weshalb die Bahnanlage bezüglich ihrer Leistungsfähigkeit diesem Range anzupassen sein wird. Zur wirtschaftlichen Ausnutzung einer Bahn d. i. zur entsprechenden Verzinsung des angewendeten Anlagekapitals ist auf die möglichst Herabminderung der regelmäßigen Betriebskosten hinzuwirken; derselbe hängt — unter der Voraussetzung des Vorhandenseins ausreichenden Transportverkehrs — unmittelbar von dem Ueberwiegen der lebenden (bewegten) gegen die todte Last, mittelbar von der Konstruktion des Bahnkörpers, sowie von den zu überwindenden technischen Schwierigkeiten ab. Es ist daher den Gesetzgebern und Regierungen bei Feststellung der Trasse und Einrichtung neu zu erbauender Eisenbahnen anzuempfehlen, das Anlagekapital nach den, pro Kilometer zu erwartenden Betriebs-ergebnissen und speziell nach der, die Betriebskosten belastenden Erhaltung und Versicherung des Bahnkörpers zu veranschlagen. Eine, unter allen Umständen zutreffende allgemeine Formel für diese Kosten-Voranschätzung zu finden, liegt nicht in der Aufgabe des Kongresses, da sich derselbe wesentlich nur auf die Bezeichnung der Grundsätze beschränken kann, welche er in dieser Frage für maßgebend hält. Den Gesetzgebern und Regierungen muß es anheimgestellt bleiben, von Fall zu Fall in der anzudeutenden Richtung technische und mathematische Fachmänner zu Rathe zu ziehen.“

Regierungsrath, Professor, Dr. Böhmert (Dresden) referirt: hierauf über den Anlauf der deutschen Eisenbahnen durch das Reich. Die immer größer werdenden Ansprüche des Publikums an das öffentliche Verkehrsweesen einerseits und der Aktienemissionen, der sich in der sogenannten Gründerperiode auch in ziemlich bedeutender Weise auf das Gebiet der Eisenbahnen verpflanzt habe, andererseits, habe vorgezeichnet die zu behandelnde Frage in den Vordergrund gedrängt. Die Umifikation so vieler Institutionen in dem neu erstandenen deutschen Reich habe ebenfalls nicht unwesentlich zur Anregung dieser Frage beigetragen. Er (Redner) halte das System der Reichs-Eisenbahnen aus vielen Gründen für höchst unpraktisch und durchaus unausführbar. Das Eisenbahnweesen sei keineswegs mit dem Post- und Telegraphen-

weesen zu vergleichen. Ein Telegramm-Brief oder Paket zu befördern sei wesentlich etwas Anderes als ein Weltverkehr von Gütern und Personen. Die Eisenbahn müsse mit aller Welt konkurrieren können; sie bedürfe unaufhörlich neuer Anzettelungen im Betriebe, wolle sie den Anforderungen der fortwährenden Zeit entsprechen. Ein mechanisches Staatsbeamtenthum sei doch zur Verwaltung einer solchen Institution absolut nicht geeignet. England und Frankreich warten bloß auf den Versuch, den man in Deutschland mit dem Reichseisenbahn-Projekt aufstellen wolle, weil man daselbst die dadurch entstehenden immensen Kosten und Unausführbarkeit voraussehe. Er (Redner) siehe nicht auf dem Boden des „laissez faire, laissez passer“. Möge der Staat eine umfassende Eisenbahn-Gesetzgebung erlassen, die Tarife regeln u. s. w.; dies Recht stehe dem Staate wohl zu; aber in einer Zeit, wo man sich in Deutschland noch in der Eisenbahn-Bauperiode befinde, möge man es nur vorläufig bei dem gemischten Systeme der Privat- und Staatsbahnen bewenden lassen. (Beifall.)

Professor Dr. Adolf Wagner (Berlin): Die Frage müsse nicht lauten: Staats- oder Privat-, sondern Staats- oder Aktien-Gesellschaftsbahnen. (Mise: Sehr richtig!) Die gegenwärtigen Privatbahnen werden durchaus nicht von den Eigentümern selbstständig, sondern ebenso wie bei den Staatsbahnen von uninteressirten bezahlten Beamten administriert. Hierzu komme nun noch, daß bei diesen Bahnen der Staat nicht befugt sei, irgend eine Kontrolle zu üben. Die gegenwärtigen neuen Bahnanlagen entspringen nicht dem Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs, sondern der Spekulation der Börse. Daß das Privatkapital sich bei Staatsbahnen nicht betheiligen könne, vermöge er (Redner) nicht einzusehen; im Gegentheil, das Privatkapital werde sich mit viel größerem Vertrauen bei Staatsbahnen betheiligen. Daß der Staat billiger administrieren könne als Private, sei klar, da bei den Staatsbahnen viele hoch dotirte Verwaltungsraths-Stellen überflüssig werden würden. Die Monopolen des Staates, wo nach Gesetzen regiert werde, sei ihm (Redner) lieber als die unumchränkte Herrschaft einer Privat-Aktien-Gesellschaft. Die bedeutendsten National-Ökonomen seien der übereinstimmenden Ansicht: die öffentlichen Verkehrsstraßen gehören der Gesellschaft und müssen auch von dieser verwaltet werden. Er (Redner) wolle nicht: der Staat solle alle Bahnen, sondern nur alle Hauptbahnlinien nach und nach erwerben. Man brauche gar nicht den Weg der Expropriation, den er (Redner) durchaus nicht für bedenklich halte, betreten; auf dem Wege der freien Vereinbarung würde sich dies Projekt ebenfalls sehr gut realisiren lassen. Den Uebertrag, den der Staat durch die Eisenbahnen erzielen würde, könnte den Steuerzahlern zu Gute kommen. Nur zufällige geschichtliche Ursachen, besonders politische und finanzieller Art haben den Bau und die Verwaltung der Eisenbahnen aus den Händen des Staates genommen und nicht ohne viele bedenklichen Folgen, der Spekulation und der Industrie übergeben. Er empfehle daher die Annahme folgender Resolution: „Der Volkswirtschaftliche Kongreß erklärt: 1. der Plan des Ankaufs der deutschen Bahnen durch das deutsche Reich ist als eine prinzipiell wichtige Maßregel der Eisenbahn-Politik überhaupt anzusehen, weil dadurch das Staatsbahnsystem als das notwendige anerkannt wird. 2. Es ist zugleich das beste Mittel zur Durchführung der Bestimmungen der Reichsverfassung über das Eisenbahnwesen. 3. Die Uebertragung der preussischen Staatsbahnen an das Reich erscheint als ein erster richtiger und wichtiger Schritt zur Verwirklichung dieses Planes.“

Professor Dr. Kasse (Bonn): Er könne seinem Vorredner nicht beistimmen. Wer den Verhandlungen über den Anlauf der preussischen Bahnen durch den Staat beigewohnt und die auseinandergehenden Meinungen der Regierungsvertreter über die Verwaltung von Eisenbahnen gehört, der werde Bedenken gegenüber dem Reichs-Eisenbahn-Projekt gewiß nicht zu unterdrücken vermögen. Wer könne außerdem die Rentabilität der Reichs-Eisenbahnen garantiren. Die Nordbahn, Bommersche Zentralbahn u. s. w., seien wohl geeignet, als Schiedsrichter hierfür zu dienen. Wenn eine Privat-Aktien-Gesellschaft Ausfälle habe, dann tragen die spekulirenden Aktionäre den Verlust, wenn aber der Staat Ausfälle habe, dann tragen den Verlust die Steuerzahler und viele solcher Steuerzahler, die vielleicht fast gar keinen direkten Vortheil von den Eisenbahnen haben. Gerade die süddeutschen Staatsbahnen und der preussische Staatsbahnen seien 1874 mit der Erhöhung der Eisenbahntarife vorgegangen und den Staatsbahnen gegenüber seien die Klagen über schlechten und langsamen Gütertransport gerade am lauteften. Auf den preussischen Staatsbahnen gelte trotz ihrer einheitlichen Entwicklung noch immer kein einheitlicher Tarif. Er (Redner) sei keineswegs prinzipieller Gegner der Reichseisenbahnen, vorläufig halte er aber den Zeitpunkt zur Verwirklichung eines solchen Projektes für vollständig ungeeignet. Eine langsame Vollziehung des Projektes, wie es Herr Professor Dr. Wagner empfohlen, würden unsere gegenwärtigen finanziellen Verhältnisse kaum vertragen. Aber noch mehr: die Realisirung des Reichseisenbahnprojektes würde geradezu zur politischen Korruption führen (Mise: Sehr wahr, sehr richtig!). Das Eisenbahnwesen greife in alle wirtschaftlichen Verhältnisse so tief ein, daß es nicht ausbleiben könne, daß die Wähler die Stellung des Abgeordneten zum Eisenbahnwesen in den Vordergrund stellen werden. Es werde alsdann nicht nach politischen Grundfragen, sondern nach wirtschaftlichen Interessen von Parliamente gewählt werden. Von einer Kontrolle könne bei Reichseisenbahnen keine Rede mehr sein. Daß ein Parlament diese Kontrolle nicht zu üben vermöge, werde wohl allgemein einleuchten. (Lebhafter Beifall.)

Professor Dr. Dieckel (Marburg) äußerte sich fast vollständig im Sinne des Professor Dr. Wagner: Diese Ausdehnung des Staatsbahnnetzes habe sich zunächst und hauptsächlich auf die großen und durchgehenden Linien zu erstrecken, während die kleinen und lokalen Bahnen den Selbstverwaltungsorganen der Provinzen, Kreise und Gemeinden und der Privat-Industrie, jedoch unter möglicher staatlicher Förderung zu überlassen seien. Dr. Eras (Breslau) erklärte sich aus ähnlichen Gründen wie Herr Professor Kasse gegen die Resolution von Wagner. — Auch Regierungsrath Schick (Berlin) erklärte sich gegen das Reichs-Eisenbahn-Projekt. Er (Redner) bezweifle durchaus, daß das Reich auf die Dauer die Mittel zur Erhaltung und Errichtung der erforderlichen Eisenbahnen haben werde.

Geb. Kommerzienrath Stephan (Berlin): Er müsse sich gegen alle gestellten Anträge wenden, da er die vorliegende Frage noch nicht für spruchreif halte; ja er sei der Ueberzeugung: die Regierung selbst sei sich über diese Frage noch nicht klar. Ein französischer National-Ökonom habe ihm (Redner) einmal gesagt: Frankreich habe gar nichts dagegen, wenn Deutschland den Versuch der Ausführung des Reichs-Eisenbahn-Projektes machen würde. Deutschland würde alsdann ebenso viele Staatschulden haben als Frankreich und werde es sich dann zeigen, wer in einem zukünftigen Kriege den Sieg davon tragen werde. Sei denn die Verwaltung der Staatsbahnen eine untadelhafte? Habe man bei diesen nicht gerade einem sehr schwerfälligen, schablonenhaften bürokratischen Verwaltungskörper zu begnügen. Es sei doch auch zu erwägen, daß ein Minister das alsdann große Eisenbahn-Beamtenheer in politischer Beziehung beeinflussen könnte. Die großen Unzulänglichkeiten, die all den Industrien, die mit den Eisenbahnen zu thun haben, entstehen würden, dürften voraussehen sein. Gegen Ueberläßung auf Privatbahnen könne man sich an den Staat beschwerend wenden. Beschwerden über Staatsbeamte zu führen, sei aber erfahrungsgemäß sehr schwierig. (Lebhafter Beifall.)

In ganz ähnlicher Weise äußerte sich Fabrikant Funke (Hagen) Handelskammer-Konfulent Dr. jur. Embden (Hamburg): Unzulänglichkeiten zwischen dem Publikum und den Bahnverwaltungen werde es sowohl auf Staats- als auch auf Privatbahnen immer geben. Dagegen gebe es kein Mediament. Diese gar nichts beweisenden Bedenken seien doch aber nicht gegen ein so großes, erhabenes Projekt geltend zu machen. Man müsse sich eben zur Thatkraft erheben. Der letzte deutsch-französische Krieg habe am treffendsten bewiesen, was eine feste Einigung zu leisten vermöge. (Beifall.) — Endlich wurde unter Ablehnung aller der vielen gestellten Anträge für und gegen das Reichseisenbahn-Projekt, folgende Sache aus der von Reg.-Rath Professor Dr. Böhmert (Dresden) gestellten Resolution akzeptirt.

1. Der Volkswirtschaftliche Kongreß hält eine rasche Beilegung

der Mängel des deutschen Eisenbahnnetzes, insbesondere der Unsicherheit und Verwirrenheit der Tarife für dringend geboten. 2. Der Kongreß hält die bisherigen Verträge, das Eisenbahnwesen gesetzlich zu regeln, nicht für derartig erschöpfend, daß eine gesetzliche Regelung nunmehr überhaupt als unmöglich zu erachten sei. — Hierauf wurden Justizrath Dr. Carl Braun (Berlin), Regierungsrath Professor Dr. Böhmert (Dresden), Handelskammer-Sekretär Dr. Gensel (Leipzig), Freiherr Dr. Max v. K. (Bielefeld), Redakteur A. Kammer (Bremen), Abg. Kaufmann Mosle (Bremen), Fabrikbesitzer Abg. Schaffardt (Erfeld), Fabrikbesitzer Dr. Max Weigert (Berlin) und Redakteur Dr. D. Wolff (Stettin) mit dem Rechte der Kooptation in die ständige Deputation gewählt.

Der Vorsitzende theilte alsdann mit: Die bisher bestandene ständige Deputation des Volkswirtschaftlichen Kongresses habe beschloffen: das nächste Jahr 1877 in den Kongreß einzuberufen, sondern einer bereits von dem „Verein für Sozialpolitik“ beschlossenen Einladung an den Volkswirtschaftlichen Kongreß auf dessen nächste Jahresversammlung Anno 1877 in Eisenach Folge zu leisten.

Mit einem Danke an den Staat und die Stadt Bremen schloß nunmehr (gegen 6 Uhr Abends) der Vorsitzende den 17. Kongreß deutscher Volkswirthe.

Lokales und Provinzielles.

Bosen, 30. September.

r. Zu Ehren des Geburtstages der Kaiserin sind heute die öffentlichen Gebäude unserer Stadt mit Fahnen geschmückt.

r. Die Urwählerlisten liegen nur noch heute bis 6 Uhr Abends öffentlich aus. Wir machen hierauf alle diejenigen aufmerksam, welche sich noch nicht überzeugt haben, ob ihre Namen in den Listen enthalten sind.

r. Der Verein posener Lehrer hielt am vergangenen Mittwoch seine regelmäßige Versammlung ab. In derselben wurden zu Referatoren der Vereinstafel die Herren Merf, Spannenberg, Driesner gewählt. Hierauf wurde über die für die Provinzialversammlung zu Bielefeld gestellten Anträge eingehend debattirt und die Delegirten mit folgender Instruktion versehen: dem Antrage, betreffend den Ort der Provinzial-Lehrerversammlungen, sowie den auf das Stimmrecht bezüglichen Antrag zuzustimmen, dagegen den Antrag, nach welchem Anträge noch am Versammlungstage gestellt werden dürfen, abzulehnen. Endlich wurde ein Antrag des Hrn. Spannenberg: „Der Verein posener Lehrer wolle beschließen: der Vorstand hat über unsere Verhandlungen ein Referat in der Posener Zeitung“ und im Vereinsorgan zu bringen“ mit dem dazu gestellten Amendement von der Versammlung abgelehnt. Hierauf sprach Herr Rektor Schaeffer im Namen des Vereins die Bitte aus, der Vorstand wolle ferner die Referate über die Vereinsdingungen in den betreffenden Organen veranlassen.

r. Die Errichtung der Beseidigungsanstalt auf dem dazu bestimmten Grundstücke gegenüber dem Eisenbahnkommissionsgebäude wird noch in diesem Jahre erfolgen, und steht dazu ein öffentlicher Licitationstermin am 2. Oktober d. J. an. Der Bau des Fachwerkbauwerkes ist auf 4486 M. veranschlagt.

r. Ausgrabungen. Vor Kurzem hat bei Murovana-Goslin durch den hiesigen Gymnasialdirektor Dr. Schwarz eine Ausgrabung vorhistorischer Gräber stattgefunden, zu welcher die Veranlassung durch den dortigen Lehrer Schreiber gegeben worden war. Es wurden gegenüber dem v. Winterfeld'schen Gute auf einer Höhe Gräber mit meist schwarzen Urnen und Gefäßen gefunden, in einer dieser Urnen befand sich ein Bronzepeil (Haarfnud), in einer anderen ein kleiner bronzener Angelhaken unter den Ueberresten eines Leichenbrandes. Die Gräber standen frei in der Erde, nicht mit Steinen umstellt; dagegen ist hinter dem erwähnten Gute vor Jahr und Tag ein Hattengrab mit ähnlichen, aber sehr schönen Gefäßen gefunden worden, und in einer der Urnen ein kleiner bronzener Ring. Auch in diesem Jahre hat Herr Schwarz die Grundstücke, wo gegenwärtig Ausgrabungen vorgenommen werden, und neuerdings Gräber ausgebeutet, und verschiedene, zum Theil hübsch verzierte Urnen und Gefäße in dem sehr festen Boden, mit demselben zusammengebadet, gefunden und von dem Gymnasialdirektor Dr. Schwarz besichtigt worden. Besonders Interesse erregten zwei Steinfiguren von großen unbekannten, auf der Kante stehenden Steinen in Form eines Rechtecks ohne Decksteine. Bei einer dieser Steinfiguren gelang es, 4 Urnen bloß zu legen, von denen aber nur die eine leidlich aus der festen Lehmmaße gelöst werden konnte. An einer anderen Stelle wurden Hakenhaufen gefunden, über die ein ganz roher kesselartiger Topf gestülpt war. Schon seit Jahren hat der Besitzer des Mühlengrundstückes beim Graben öfter Urnen und Scherben gefunden. — Auch innerhalb unserer Stadt, bei den Ausgrabungsarbeiten für das Wohnhaus auf dem Sternschen Grundstück, Mühlenstraße 28, sind vor etwa 10 Jahren zahlreiche große Urnen mit menschlichen Gebeinen gefunden worden. Ebenso hat sich vor dem Warschauer Thore in der Nähe der Johannis-Kirche, nach den Funden zu urtheilen, die man dort in früherer Zeit gemacht hat, ein großer vorhistorischer Begräbnisplatz befunden, ein Beweis, daß an dieser Stelle, wo später in historischen Zeiten noch die Johannis-Vorstadt gestanden hat, schon in uralten Zeiten eine Niederlassung vorhanden war, von der die Stadt Bosen, allmählig immer mehr nach Westen vordringend, ihren Ursprung hat. Während gegenwärtig im Westen Bosen's vor den Thoren der Stadt, allmählig ein neuer Stadttheil entsteht, ist die uralte Johannis-Vorstadt im Osten der Stadt schon vor Jahrhunderten verschwunden.

— Eine landwirtschaftliche Ausstellung von Vieh und Bodenerträgen im Besitze bäuerlicher Wirthe, wird dem „Dziennik“ zufolge am 3. Okt. in Szymborowo von den polnischen Kulturvereinen von Snowracław und Lwowo veranstaltet werden. — Das deutschereits gegebene Beispiel von Ausstellungen für die bäuerlichen Landwirthe scheint nun auch bei den Polen Anklang zu finden.

Aus dem Gerichtssaal.

s Bosen, 29. September. [Ein Weltgeistlicher und ein Klostergeistlicher vor Gericht.] Vor dem Kriminalsenat des hiesigen Appellationsgerichtes kam heute eine Anklage gegen den Propst Zientkiewicz zu Bosen auf Grund des § 288 des Strafgesetzbuches zur Verhandlung. Dieser Paragraph bestimmt, daß Derjenige, der bei einer ihm drohenden Zwangsvollstreckung in der Absicht, die Befriedigung des Gläubigers zu vereiteln, Bestandtheile seines Vermögens veräußert oder bei Seite schafft, wegen strafbaren Eigennutzes mit Gefängniß bis zu 2 Jahren bestraft werden soll. Der Thatbestand, welcher der Anklage zu Grunde liegt, ist folgender: Der Angeklagte, seit mehreren Jahren Pfarrer an der hiesigen katholischen Pfarrkirche zu St. Maria Magdalena und an der Filialkirche zu Glusyn (Kr. Posen), war im Jahre 1874 von dem königl. Kommissarius für die Vermögensverwaltung in der Diözese Posen, damals Landrath v. Massenbach, aufgefordert worden, in Vermögensangelegenheiten der Kirche zu Glusyn Bericht zu erstatten, war dieser Aufforderung jedoch nicht nachgekommen und schließlich mit einer zweimaligen Geldstrafe von 30 Thlr. belegt worden. Da er diese Geldstrafen nicht zahlte, so schritt das hiesige Polizeidirektorium auf Veranlassung der Regierung zur Mobilien-Erfekution, die jedoch fruchtlos blieb, worauf der Polizeipräsident im Frühjahr 1875 in Höhe von 30 Thlr. auf die zum 1. Juli 1875 zahlbare Pachttrate von 300 Thlr. des Propsteipächters Doniewski zu Glusyn Arrest legte. Am 22. Mai desselben Jahres jedirte nun der Angeklagte diese Pachttrate, abzüglich der an das Polizeidirektorium zu zahlenden Strafe von 30 Thlr., an den hiesigen Konkorditor Anton Wigner, wofür ihm dieser einen Wechsel mit 3 Monaten Ziel ausstellte. Gegen den Propst Zientkiewicz wurde deswegen auf Grund des obigen § 288 des Strafgesetzbuches die Anklage erhoben, weil er in der Absicht, die Be-

Freibildung des Gläubigers, des k. k. Kommissarius für die Vermögensverwaltung, bei der drohenden Zwangsvollstreckung zu vereiteln, Bestandtheile seines Vermögens veräußert habe. Der Staatsanwalt hatte eine Strafe von 2 Wochen Gefängnis beantragt, doch erkannte der Richter erster Instanz dahin, daß zwar der k. k. Kommissarius für die Vermögensverwaltung als Gläubiger im Sinne des § 288 des Strafgesetzbuches zu betrachten sei, und daß ferner der Angeklagte unzweifelhaft durch die Befristung der Nachträte Bestandtheile seines Vermögens veräußert habe, daß dagegen die Absicht, die Vertheilung des Gläubigers zu vereiteln, nicht nachgewiesen sei, da bei dem bedeutenden Einkommen des Angeklagten von jährlich 2000 bis 3000 Thlr. noch andere Exekutionsobjekte zum 1. Juli 1875 vorhanden gewesen seien. Es wurde demnach der Angeklagte von der Kriminal-Abtheilung des hiesigen Kreisgerichts freigesprochen. — Gegen dieses Erkenntnis appellirte die Staatsanwaltschaft und hatte auch bereits im Juli d. J. vor dem Kriminalsenate des hiesigen Appellationsgerichts Termin angefallen. Doch kam damals die Sache nicht zur Entscheidung, indem beschloffen wurde, zur Aufklärung des Thatbestandes noch den Konditor Ant. Pfizner u. den Propsteipächter Dönieski zu vernehmen. In dem heutigen Termine waren die beiden Genannten als Zeugen erschienen, jedoch nicht der Angeklagte. Der Vorsitz führte der Appellationsgerichtsrath, Geh. Justizrath Frenzel, die Staatsanwaltschaft war durch den Staatsanwalt Müller vertreten und als Verteidiger fungirte der Rechtsanwalt Döckhorn. — Aus der Zeugenaussage der beiden Genannten ging hervor, daß der Konditor A. Pfizner für die Fesslung der zum 1. Juli 1875 fälligen Nachträte dem Propst Zientkiewicz einen Wechsel ausgestellt hatte, welcher jedoch später von letzterem dem Konditor Pfizner wieder zurückgestellt worden ist. Der Propsteipächter war nämlich der Aufforderung, an den Konditor Pfizner die Nachträte zum 1. Juli 1875 zu zahlen, nicht nachgekommen, hat dieselbe vielmehr erst am 8. Januar 1876 an den Propst Zientkiewicz entrichtet. Er war nach seiner Aussage zwar auch sonst bisweilen die Pacht 1 Woche, höchstens 1 Monat schuldig geblieben, dies Mal jedoch habe er die Pacht erst ein halbes Jahr später gezahlt, weil er nicht recht gewußt habe, wie Propst Zientkiewicz und Konditor Pfizner geschäftlich zu einander ständen. Wie Konditor Pfizner aussagte, hatte Propst Zientkiewicz ihm von vornherein gesagt, daß der Propsteipächter wohl nicht sofort am 1. Juli zahlen werde. — Der Staatsanwalt Müller zog aus diesen Zeugenaussagen die Folgerung, daß es sich hierbei um ein bloßes Scheingeschäft gehandelt habe, zumal Propst Zientkiewicz sonst nie mit dem Konditor Pfizner derartige Geldgeschäfte gemacht habe. Der Wechsel sei dem letzteren nie präsentiert worden, auch nie in andere Hände gekommen; auch sei der Propsteipächter während des ganzen Halbjahres vom 1. Juli 1875 bis Januar 1876 niemals an die rückständige Pachttrate gemahnt worden. Es habe demnach entschieden die Absicht vorgelegen, die Vertheilung des Gläubigers, des k. k. Kommissarius für die Vermögensverwaltung, zu vereiteln, und werde demnach die Vertheilung des Angeklagten zu 6 Wochen Gefängnis beantragt. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Döckhorn, führte hingegen aus, daß der k. k. Kommissarius für die Vermögensverwaltung in diesem Falle als Gläubiger im Sinne des § 288 des Strafgesetzbuches nicht zu betrachten sei, indem hier nicht eine Schuld, sondern eine Geldstrafe vorliege; wer sich aber einer Geldstrafe entziehe, so gut er kann, sei deswegen nicht zu einer neuen Strafe heranzuziehen. Der Angeklagte könne aber auch nicht die Absicht gehabt haben, die Vertheilung des angeklagten Gläubigers zu hindern, da sein sonstiges Einkommen vollkommen dazu ausgereicht habe, die ihm auferlegte Strafe von 30 Thlr. einzutreiben. Es sei demnach der Nachweis der Vertheilung nicht geführt, selbst angenommen, daß der k. k. Kommissarius in diesem Falle als Gläubiger zu betrachten wäre, und werde demnach die Freisprechung beantragt. — Der Gerichtshof bestätigte das freisprechende Erkenntnis der ersten Instanz, indem er gleichfalls dahin erkannte, daß bei dem Angeklagten zwar die Absicht vorgelegen habe, die Einziehung der Geldstrafe zu erschweren, jedoch nicht, dieselbe zu vereiteln, da noch mancherlei andere Vermögensobjekte vorhanden gewesen seien, an die sich der Gläubiger wegen seiner Forderung von 30 Thlr. habe halten können.

Am Tage zuvor, am 28. d. M., kam gegen den ehemaligen Klostergeistlichen Mulzow zu Wronke eine Anklage auf Grund des § 23 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 und Art. 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1874 zur Verhandlung, wonach eine Geldstrafe bis zu 100 Thlr. jeden Geistlichen trifft, welcher in einem von ihm nicht dauernd verwalteten Pfarramte Amtshandlungen vornimmt, ohne den Nachweis führen zu können, daß er zu einem hierzu ermächtigenden Amte oder zur Stellvertretung oder zur Hilfsleistung in einem solchen Amte unter Beobachtung der §§ 1 bis 3 des genannten Gesetzes berufen worden sei. Der ehemalige Klostergeistliche Mulzow zu Wronke, welcher früher Guardian des auf Grund des Klostergesetzes vom 31. Mai 1875 aufgelösten Reformatenklosters zu Wronke gewesen war, hatte am Ende des Jahres 1875 und am Anfang des Jahres 1876 in der Pfarrkirche zu Wronke 6 mal geistliche Amtshandlungen vorgenommen. Der Angeklagte hatte zwar den Einwand erhoben, er habe bereits vor Erlaß des Gesetzes vom 11. Mai 1873, im Jahre 1872 seine Approbation als Vikar an der katholischen Pfarrkirche zu Wronke neque ad revocationem erhalten, und habe sich demnach für berechtigt gehalten, da die Approbation bisher nicht zurückgenommen worden, an der Pfarrkirche geistliche Amtshandlungen zu verrichten, auch nachdem er seiner Stellung als Guardian nach Aufhebung des Klosters verlustig gegangen sei. Die Anklage hatte dagegen geltend gemacht, daß Vikar Mulzow nur observanzmäßiger Vikar an der Pfarrkirche, und zwar als Guardian an dem Kloster gewesen, und daß demnach mit Aufhebung des Klosters auch seine Stellung als Vikar an der Pfarrkirche erloschen gewesen sei. Der Gerichtshof erster Instanz hatte den Angeklagten auch für schuldig erkannt, ihn jedoch mit Rücksicht darauf, daß er sich der Strafbarkeit seiner Handlung nicht bewußt gewesen, nur zu 3 M. Geldstrafe, event. 1 Tage Gefängnis verurtheilt. — In Folge der Appellation des Angeklagten kam diese Sache am 28. d. M. vor dem Kriminalsenate des hiesigen Appellationsgerichts zur Verhandlung. Der Vorsitz führte der Appellationsgerichtsrath, Geh. Ober-Justizrath Drenkmann; die Staatsanwaltschaft war durch den Oberstaatsanwalt Stute vertreten, als Verteidiger fungirte Rechtsanwalt Döckhorn. Der Angeklagte war persönlich erschienen. Der Verteidiger machte geltend, daß die Funktion eines Guardians mit der eines Vikars nichts zu thun habe, und daß die Funktionen eines Guardians sogar von einem Laien ausgeübt werden könnten; ferner, daß der Angeklagte i. J. 1872 ohne Rücksicht auf seine Stellung als Guardian an dem Kloster als Vikar an der Pfarrkirche angestellt worden sei u. c. Doch erkannte der Gerichtshof dahin, daß dies kein von dem Angeklagten dauernd verwaltetes Pfarramt gewesen sei, und best. ä. t. g. demgemäß auf Grund der obigen §§ das Erkenntnis erster Instanz.

Staats- und Volkswirtschaft.

Breslau, 29. Septbr. In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre der Oberschlesischen Eisenbahn wurde der von einem Aktionär gestellte Antrag auf Einleitung von Verhandlungen mit der Staatsregierung behufs Ankaufs der Bahn mit 323 gegen 251 Stimmen abgelehnt.

London, 29. September. Die Vertreter der Inhaber auswärtiger Anleihen haben eine Versammlung der Besitzeregyptischer Schuldtitel zum 3. Oktober c. einberufen. In derselben beabsichtigt Göschen über die gegenwärtige Lage der ägyptischen Finanzen Bericht zu erstatten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 29. September. Der Kaiser und die Kaiserin und der Kronprinz sind, von Stuttgart kommend, gestern Abend hier eingetroffen.

Brüssel, 28. September. Nach einer Meldung des Journals „Etoile Belge“ verlautet, daß der Minister des Auswärtigen, Graf d'Alspremont-Lyndens, demnächst von seinem Posten zurücktreten und durch den bisherigen Gouverneur von Hennegau, Prinzen von Camara-Chimay, ersetzt werden würde.

Paris, 28. September. Der „Agence Havas“ geht eine Meldung aus Teheran zu, worin die Nachricht, daß Persien der Türkei eine Allianz angeboten habe, formell für unbegründet erklärt und hinzugefügt wird, Persien sei nicht im Entferntesten gewillt, seine bisherige neutrale Stellung aufzugeben. — Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein Dekret, nach welchem die bisherigen Oberbefehlshaber der 18 Armee-corps in ihren Stellungen verbleiben sollen, da noch wichtige Aufgaben hinsichtlich der Reorganisation der Armee zu lösen seien und es als wesentlich erscheine, daß diejenigen, welche dieses Werk begonnen haben, es auch vollenden.

London, 29. September. Der Staatssekretär des Aeußern, Earl of Derby, hat gestern eine Deputation empfangen, welche ihm die Beschlüsse der aus Veranlassung der spanischen Protestantenverfolgung stattgehabten Versammlung überbrachte und derselben erklärte, daß er ein Gutachten spanischer Advokaten über die Auslegung des Wortlautes des Art. XI. der spanischen Verfassung einholen und bei jeder ihm in Bezug auf die Behandlung der Protestanten in Spanien gemeldeten Beschwerde eine genaue Untersuchung veranlassen werde.

Bukarest, 29. September. Der neu ernannte englische General-Konsul, Oberst Mansfield, hat heute dem Fürsten sein Beglaubigungsschreiben überreicht. — Der diesseitige diplomatische Agent in Konstantinopel, Fürst Shika, ist hier angekommen. — In dem heute erschienenen Amtsblatte werden die Statuten der Gesellschaft des rothen Kreuzes von Rumänien vom Fürsten sanktionirt.

Belgrad, 29. September. Die Regierung veröffentlicht folgende Nachrichten vom Kriegsschauplatz: Nachdem die Waffenruhe am 24. d. abgelaufen war, begannen die Feindseligkeiten am Montag wieder. Gestern fand eine große Schlacht auf dem linken Ufer der Morava statt. Die Serben überschritten den Fluß bei Bobowische und Buimir, welche Orte sie besetzten, während Horvatowitsch im Rücken der türkischen Armee operirte und Kruische einnahm. Die Türken sind demzufolge in ihren Positionen eingeschlossen. Die Schlacht dauerte 12 Stunden, der Hauptzusammenstoß erfolgte vor Crevet (?), wo Tschernajeff persönlich kommandirte.

Philadelphia, 27. September. Die Preis-Jury für die Welt-Ausstellung in Philadelphia hat bis jetzt folgenden deutschen Ausstellern Preismedaillen zuerkannt:

Altenburg u. Graue, Bremen. Bauer'sche Gießerei, Frankfurt a. M. Boehme u. Fränkel, Berlin, Ritterstraße 41. Breidenbach u. Baumann, fr. Breidenbach u. Co., Düsseldorf. Heinrich Lammert, Friedberg, bei Schwarzenberg in Sachsen. D. B. Friedrich, Dresden, Georgplatz. August Gaus, Baden-Baden, Langstraße. R. A. Glier jun., Markneukirchen i. S. Gebr. Grundlach, Groß-Almerode, Hesse-Nassau. Sabant u. Sohn, Hohenwerder a. A. Reinhold Hanke, Goehr bei Koblenz. Ludwig Heisinger, Reißzugfabrikant, Nürnberg, Vorstadt Gostenhof Nr. 46. Leopold Philipp Hemmer, München. Heinrich Hüffer, Krimmichau i. S. Heinrich Keller Sohn, Darmstadt. J. C. König u. Ehardt, Hannover. Leo Sammers, München. P. J. Landfried, Naumburg bei Wiesloch in Baden. Heinrich Lewald, Breslau, Schühbrücke 34. Georg Leykauf, Münden. Logghe, Gebr., Labr. Baden. Ambrosius Marthaus, Dicks. Mechanische Weberei, Linden vor Hannover. C. A. Müller, Unterwiesenthal i. S. C. E. Müller's Verlagshandlung, Bremen. Mechanische Weberei und Weberei, Alf.-Gei., Ipehoe. F. L. Neumann, Hamburg, Herrlichkeit 71. Adolf Röll, (in Firma Joh. Balzh. Röll), Gießen. Paulus u. Schuster, Markneukirchen i. S. Josef Sachs u. Comp., Berlin, Drantenstraße 99. Stadtmagistrat durch Bürgermeister Dauber, Spalt, Kreis Mittelfranken, Bezirksamt Schwabach. Storch u. Kramer, Berlin, Ritterstraße 50. A. B. Tenner, Eisfeld an der Werabahn. Tittel u. Krüger, Leipzig. Voigtländer u. Sohn, Braunschweig. W. Voelckow, Berlin, Ritterstraße 15. Louis Herrmann jun., Dresden, Waisenhausstraße 89. F. G. Schmalz, Altenburg. Eduard Beyer, Chemnitz. Ernst Kabs, Dresden. Rudolph Jacob Sohn, Barmen, Neuenweg 40. Gebr. W. u. Ed. Geyer, Eisenberg in Sachsen-Altenburg. J. C. Bloedner Sohn, Gotha.

Southampton, den 27. September.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Mosel“, Kapit. H. A. F. Nennaber, welches am 16. d. M. von Newyork abgegangen war, ist heute 3 Uhr Nachmittags wohlbehalten hier angekommen und hat nach Landung der für Southampton bestimmten Passagiere, Post und Ladung 5 Uhr Nachmittags die Reise nach Bremen fortgesetzt. Die „Mosel“ überbringt 233 Passagiere und volle Ladung.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 29. September. Wenig belebt. Course im Allgemeinen matter.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 204, 30. Pariser Wechsel 81, 05. Wiener Wechsel 167, 00. Böhmische Westbahn 153. Elisabethbahn 118. Galizier 173. Franzosen*) 235½. Lombarden*) 66. Nordwestbahn 110. Silberrente 57½. Papierrente 55½. Russ. Bodenkredit 85½. Russen 1872 —. Amerikaner 1885 100½. 1860er Loose 102½. 1864er Loose 258, 00. Kreditaktien*) 126½. Oester. Nationalbank 719, 00. Darmst. Bank 108½. Berliner Bankverein 84½. Frankfurter Wechselbank 82½. Oester. Bank 92½. Meiningen Bank 77½. Hess. Ludwigsbahn 99½. Oester. 73½. Ung. Staatsloose 145, 40. Ung. Schatzanw. alt 87, 00. do. neue 85½. do. Ostb.-Nbl. II. —. Centr.-Pacific 98½. Reichsbank 158½.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 126½, Franzosen 235½, Lombarden 66.

Abends. Effekten=Sozietät. Kreditaktien 126½, Franzosen 235½, Lombarden 65½, 1860er Loose 102½. Wenig Geschäft.

*) per medio resp. per ultimo.

Wien, 29. September. Umfassende Deckungskäufe für einen Breslauer Speculanten steigerten den Cours der Kreditaktien, Renten und Bahnen schwach, Devisen steifer.

[Schlußkurse.] Papierrente 66, 00. Silberrente 69, 65. 1854er Loose 107, 25. Nationalbank 855, 00. Nordbahn 1802, 50. Kreditaktien 152, 50. Franzosen 281, 25. Galizier 207, 50. Reichs-Oberberg 90, 00. Bardubiser —. Nordwestb. 129, 50. Nordwestb. Lit. B. —. London 121, 50. Hamburg 59, 00. Paris 48, 00. Frankfurt 59, 00. Amsterdam 100, 00. Böhm. Westbahn —. Kreditloose 161, 75. 1860er Loose 111, 50. Lomb. Eisenb. 80, 25. 1864er Loose 131, 20. Unionbank 60, 00. Anglo-Austr. 81, 75. Napoleons 9, 68½. Dukaten 5, 81. Silbercoup. 102, 20. Elisabethbahn 142, 00. Ungar. Präm. 71, 50. D. Reichsb. 59, 50.

Türkische Loose 16, 25.

Offizielle Notirungen: Papierrente 66, 75, Silberrente 69, 70, Kredit-

loose, —. London 121, 20. Paris 48, 90. Amsterdam 100, 00. Reichsbanknoten 59, 35. Elisabethbahn 144, 00. Reichs-Oberberg 90, 00. Nachbörse: Kreditaktien 153, 40. Franzosen 282, 00. Lombarden 80, 50. Galizier 208, 25. Anglo-Austr. 83, 00. Reichsbank —. Napoleons 9, 65.

London, 29. Septbr., Nachm. 4 Uhr. Konsole 96½. Italien. 5proz. Rente 73½. Lombarden 63½. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte 9½. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 9½. 5proz. Russen de 1871 90. 5proz. Russen de 1872 92½. Silber 52½. Türk. Anleihe de 1865 12½. 5proz. Türken de 1869 13½. 5proz. Vereinigt. St. pr. 1885 105½. do. 5proz. fund. 108. Oester. Silberrente —. Oesterreich. Papierrente —. 6proz. ungar. Schatzbonds 87. 6proz. ungarische Schatzbonds II. Emiff. 84. 6proz. Peruaner 19½. Spanier 14½.

Wechselnotirungen: Berlin 20, 61. Hamburg 3 Monat 20, 61. Frankfurt a. M. 20, 61. Wien 12, 35. Paris 25, 40. Petersburg 30½. Aus der Bank flossen heute 38,000 Pfd. Sterl.

Paris, 29. September. Nachm. 3 Uhr. Sehr matt. Schluß besser.

[Schlußkurse.] 3proz. Rente 71, 75. Anleihe de 1872 106, 20. Italienische 5proz. Rente 74, 20. do. Tabaksaktien —. do. Tabaksobligationen —. Franzosen 586, 25. Lombard. Eisenbahn-Wt. 172, 50. do. Prioritäten 241, 00. Türken de 1865 12, 95. do. de 1869 68, 00. Türkenloose 41, 25.

Credit mobilier 205. Spanien ext. 14½. do. int. 12½. Suezkanal-Aktien 698. Banque ottomane 393. Société générale 538. Credit foncier 740. Egypter 218. — Wechsel auf London 25, 22½.

New-York, 29. Septbr. [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagio 10, Niedrigste 9½. Wechsel auf London in Gold 4 D. 83 C. Goldagio 10. Bonds per 1885 113. do. 5proz. fundirt 114½. Bonds per 1887 116½. Erie-Bahn 9½. Central-Pacific 110½. New-York Centralbahn 97½.

Produkten-Course.

Danzig, 29. September. Getreide= Börse. Wetter: warm, heute früh heftiges Gewitter mit starkem Regen. Wind: Süd.

Weizen loco verkehrte auch am heutigen Markte wieder in flauer Stimmung und mußten neuerdings billigere Preise als gestern genommen werden, um 470 Tonnen verkaufen zu können. Bezahlt ist für Sommer= 133 Pfd. 195 Mt., bunt 123¼ Pfd. 129 Pfd. 196, 198, 200 Mt., glatt 130, 131 Pfd. 200 Mt., hellfarbig 128/29 Pfd. 202 Mt., hellbunt 128/29 Pfd. 204 Mt., hochbunt glatt 133 Pfd. 205, 206, 208 Mt. per Tonne. Termine. Termine matter, September=Oktober 202 Mt. bez. und Br., Oktober=November 201 Mt. bez. und Br., April=Mai 205 Mt. Gd. Regulirungspreis 202 Mt.

Roggen loco matter, alter polnischer 118 Pfd. brachte 149 Mt., inländischer 125, 126 Pfd. 161, 163 Mt., 130 Pfd. 165 Mt. per Tonne. Uniaß 50 Tonnen. Termine ohne Angebot. Regulirungspreis 157 Mt. — Gerste loco große 110 Pfd. 150 Mt., bessere 112½ Pfd. 158 Mt. per Tonne bezalt. — Erbsen loco Futter 145 Mt., Koch= 156 Mt. per Tonne bezalt. Termine April=Mai Futter 140 Mt. Br. — Rübsen loco ohne Uniaß. Termine Oktober=November 325 Mt. Br. Regulirungspreis 318 Mt. — Raps loco nicht gehandelt. Termine ohne Angebot. Regulirungspreis 320 Mt.

Böln, 29. September. Getreidemarkt. Weizen, hiesiger loco 23, 50, fremder loco 21, 50, pr. November 19, 55, pr. März 20, 55. Roggen, hiesiger loco 17, 75, pr. Novbr. 14, 55, pr. März 15, 50. Hafer loco 17, 00, pr. Novbr. 16, 35, pr. März 16, 25. Rüböl loco 38, 80, pr. Oktober 38, 0, 2pr. Mai 37, 30.

Hamburg, 29. September. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig auf Termine still. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen pr. September=Oktober 199 Br., 198 Gd., pr. November=Dezember pr. 1000 Kilo 2½ Br., 201 Gd. Roggen pr. Septbr.=Oktober 144 Br., 143 Gd., pr. November=Dezbr. pr. 1000 Kilo 149 Br., 148 Gd. Hafer still. Gerste flau. Rüböl fest, loco 73½, pr. Mai 72, pr. Oktober pr. 200 Pfd. 72½. Spiritus still, pr. September 38½, pr. Oktober=November 38½, pr. Novbr.=Dezember 38½, pr. April=Mai pr. 100 Liter 100 pEt. 39. Kaffee fest, Uniaß 4000 S. Petroleum behauptet, Standard white loco 21, 00 Br., 20, 90 Gd., pr. September 20, 90 Gd., pr. Oktober=Dezember 20, 75 Gd. — Wetter: Bedeckter Himmel.

Bremen, 29. September. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 20, 10 bez., pr. Oktober 20, 10 bez., pr. November 20, 50, pr. Dezember 20, 70. Fest.

Amsterdam, 29. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftlos, auf Termine unverändert, pr. Novbr. 279, pr. März 294. Roggen loco und auf Termine unverändert, pr. Oktober 179, pr. März 190. Raps pr. Herbst 419, pr. April 437 fl. Rüböl loco 42½, pr. Herbst 42½, pr. Mai 43½.

Paris, 29. Septbr. Produktenmarkt (Schlußbericht). Weizen behauptet, pr. September 27, 00, pr. Okt. 27, 00, pr. November=Dezember 27, 75, pr. Novbr.=Febr. 28, 00. Mehl steigend, pr. Septbr. 59, 00, pr. Oktober 59, 50, pr. November=Dezember 61, 00, pr. November=Februar 61, 75. Rüböl ruhig, pr. September 89, 75, pr. Oktober 89, 50, pr. November=Dezember 90, 00, pr. Januar=April 91, 50. Spiritus fest, pr. September 54, 00, pr. Januar=April 56, 25. — Wetter: Schön.

Paris, 28. September, Abends. Boulevard=Verkehr. Anleihe de 1872 106, 27½, Türken de 1865 13, 10, Egypter 218, 75. Matt, starke Verkäufe.

Antwerpen, 29. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 50 bez. u. Br., pr. September 50 bez., pr. Oktober 50 bez. u. Br., pr. Oktober=Dezember 49½ bez., 50 Br. Steigend.

London, 29. Septbr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 18,910, Gerste 12,40, Hafer 45,020 Qtrs.

Weizen unverändert. Angekommene Ladungen 6 d. Andere Getreidearten bei schleppendem Geschäft zu nominell unveränderten Preisen. — Wetter: Schön.

Liverpool, 29. September. Baumwoll= (Schlußbericht). Uniaß 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Stetig. Amerikaner auf Zeit ½, billiger. Amerikaner aus Irang einem Hafen neue Ernte Oktober=November und November=Dezember=Verfälschung 5½, Dezember=Januar=Verfälschung ½; Januar=Februar=Verfälschung 5½, d.

Middl. Orleans 6½, middl. amerikanische 5½, fair Dhollerah 4½, middl. fair Dhollerah 4½, good middl. Dhollerah 4½, middling Dhollerah 3½, fair Bengal 3½, good fair Broach —, new fair Domra 4½, good fair Domra 4½, fair Madras 4½, fair Pernam 5½, fair Smyrna 5, fair Egyptian 6½.

Baumwollen= Wochenbericht. Schwimmend nach Großbritannien 181,000 B., davon amerikanische 25,000 B.

Manchester, 29. Septbr. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 7½, 30r. Water Micholls 9, 30r. Water Gidlow 10½, 30r Water Clayton 10½, 40r Mule Manoll 9½, 40r Medio Wilson 11½, 36r Warpcops Qualität Rowland 10½, 40r Double Weston 11, 60r Double Weston 14½, Printers 10½, 10r 8½ pEt. 96. Gutes Geschäft, Preise anziehend.

Glasgow, 29. Septbr. Roheisen. Mixed numbers warrants 57 Sch. 3 d.

Bradford, 28. September. Wolle und Wollenwaaren. Wolle ruhiger zu vollen Preisen, wollene Garne gefragter, wollene Stoffe stetiger.

Newyork, 28. Septbr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11½, do. in New-Orleans 10½. Petroleum in Newyork 26, do. in Philadelphia 26. Mehl 5 D. 15 C. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 23 C. Mais (old mixed) 58 C. Zucker (fair refining Muscovados) 8½. Kaffee (Rio-) 17½. Schmalz (Marke Wilcox) 11. Speck (short clear) 8½. C. Getreidefracht 6.

